

Der Kantonsrat gibt Kenntnis von folgenden Beschlüssen, die an der 2. Sitzung vom 24. Januar 2022 gefasst worden sind:

1. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 11. Januar 2022 betreffend Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (finanzpolitische Reserven) wird der GPK zur Vorberatung überwiesen.
2. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 11. Januar 2022 betreffend Revision der Verfassung des Kantons Schaffhausen und des Finanzhaushaltsgesetzes (Finanzreferendum); Finanzbefugnisse) wird der GPK zur Vorberatung überwiesen.
3. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 11. Januar 2022 betreffend Revision Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz und Verordnung zum Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz in Sachen Integration der Handelsschule KV Schaffhausen (HKV) in das Berufsbildungszentrum (BBZ) Orientierungsvorlage wird einer 9er-Kommission zur Vorberatung überwiesen. Erstgewählte oder Erstgewählter ist ein Mitglied der AL-GRÜNE-JUNGE GRÜNE-Fraktion.
4. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 18. Januar 2022 betreffend Umsetzung der Motion 2021/7 "Mehr Transparenz, aber mit Augenmass" wird einer 9er-Kommission zur Vorberatung überwiesen. Erstgewählte oder Erstgewählter ist ein Mitglied der GLP-EVP-Fraktion.
5. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 18. Januar 2022 betreffend die Volksinitiative «Vollständige Übernahme der Krankenkassenprämien von Kindern im Rahmen der Prämienverbilligung» (Keine Krankenkassenprämien für Kinder!) wird einer 9er-Kommission zur Vorberatung zu überweisen. Erstgewählte oder Erstgewählter ist ein Mitglied der SVP-EDUFraktion.
6. Das Postulat Nr. 2021/11 von Tim Bucher vom 22. November 2021 betreffend verlässliche Zugverbindung Thayngen Schaffhausen. Jetzt! wird mit 48 : 1 Stimmen erheblich erklärt.
7. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 15. Dezember 2020 betreffend Teilrevision Baugesetz (Schaffung eines Energie- und Klimafonds) wird in der zweiten Lesung beraten.
In der Schlussabstimmung wird der Teilrevision mit 39 : 15 Stimmen (Keine Enthaltungen) zugestimmt. Bei 54 an der Abstimmung teilnehmenden Ratsmitgliedern wird die Vierfünftelmehrheit von 44 Stimmen nicht erreicht. Das Gesetz untersteht damit dem obligatorischen Referendum.
8. Mit der ersten Lesung des Berichts und Antrags des Regierungsrats vom 24. August 2021 betreffend Änderung des Schulgesetzes (Private Schulen und privater Unterricht) wird begonnen.